

Das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten stellt zunächst fest, daß die Union Sozialistischer Sowjetrepubliken im Kampf gegen die Verbreitung von narkotischen Stoffen allen anderen Ländern Europas voraus ist, und daß das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten in der Lage ist, auf eine Reihe von Maßnahmen hinzuweisen, die die Regierung der Union Sozialistischer Sowjetrepubliken im Kampf gegen den Opiumvertrieb getroffen hat. — Maßregeln, zu denen sich die zeitgenössischen Regierungen aus Furcht vor einer Gegenaktion privater Interessenten überhaupt nicht zu entschließen vermögen. Die Regierung der Union Sozialistischer Sowjetrepubliken verfolgt mit eigenen Anstrengungen und auf eigenen Entschluß hin diejenigen Ziele, die der Konferenz in Sachen des Kampfes mit dem erwähnten Übel vorschweben. Eine Teilnahme der Union Sozialistischer Sowjetrepubliken an dieser Konferenz könnte daher nur den Sinn einer Einwirkung auf die übrigen Staaten im Sinne eines Ergreifens ähnlicher Maßnahmen haben.

Die Regierung der Union Sozialistischer Sowjetrepubliken hat sich mit der ihr vom Generalsekretariat des Völkerbundes übersandten Übersicht über die Arbeiten des vorbereitenden Komitees bekannt gemacht und festgestellt, daß sich das Komitee nur darauf beschränkt hat, sein tiefes Bedauern darüber auszudrücken, daß es sich der Unmöglichkeit gegenüber sieht, in Sachen der von seinen Mitgliedern gemachten verschiedenen Vorschläge zu einer Übereinstimmung zu gelangen, sowie der Unmöglichkeit, angesichts dessen der internationalen Konferenz irgendein endgültiges Programm zu unterbreiten. Die Arbeiten des Vorbereitungskomitees können mithin nur ein einziges Resultat haben, nämlich die Feststellung, daß es für die beteiligten Mächte unmöglich ist, sich auf irgendwelche praktischen Maßnahmen in dieser Angelegenheit zu einigen.

Die Regierung der Union Sozialistischer Sowjetrepubliken ist zu dem Entschluß gekommen, daß im Zusammenhang mit der in Rede stehenden Aufgabe des Kampfes gegen die Verbreitung narkotischer Mittel die einzelnen Staaten nur danach streben, ihren Handelsinteressen Genüge zu tun und geschäftliche Vorteile für sich selbst zu erreichen. Unter derartigen Umständen hält die Regierung der Union Sozialistischer Sowjetrepubliken eine Teilnahme ihrerseits an diesen Beratungen oder Konferenzen für nutzlos.

Bei grundsätzlicher Beibehaltung ihrer häufig genug zum Ausdruck gebrachten Stellungnahme gegenüber dem sogenannten Völkerbunde hat die Sowjetregierung sich doch hin und wieder bereitfinden lassen, an dem von ihm zusammenberufenen Konferenzen oder den von ihm geschaffenen Kommissionen teilzunehmen, nämlich in solchen Fällen, in denen diese Konferenzen oder Kommissionen wenigstens teilweise reale und spürbare Vorteile und nützliche Resultate im Interesse der Humanität oder der wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit im Auge hatten. So nimmt beispielsweise die Regierung der Union Sozialistischer Sowjetrepubliken an den Arbeiten der Hygienischen Kommission des Völkerbundes teil. Die Konferenz in Sachen der Verbreitung narkotischer Mittel, kann aber, wie aus den Arbeiten des vorbereitenden Komitees hervorgeht, nicht zu positiven Resultaten der bezeichneten Art führen.

Der Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten.
Tschitscherin.

Im Kampfe gegen die Arbeitslosigkeit. Das Moskauer Komitee für Arbeitsnachweis unternimmt die Gründung von Arbeitskollektiven, die den Arbeitslosen in abnehmbarer Form eine Existenz ermöglichen sollen. In erster Linie wird eine Revision der bereits bestehenden Kollektive vorgenommen, um die Mängel wie in der Organisation, so auch in der Tätigkeit derselben zu ergründen. Zwecks Förderung der Kollektivisation wurde von der Gouvernements-Sozialversicherungskasse ein Darlehen von 50 000 Rubel gegeben.

Das Wohnungsbauwesen in Sowjetrußland

Nach einer fast zehnjährigen Unterbrechung, die durch den Welt- und Bürgerkrieg hervorgerufen wurde, kann man seit dem vergangenen Jahre eine Erneuerung des Wohnungsbaues in Sowjet-Rußland verzeichnen.*) Am meisten arbeiten in dieser Richtung die Wohnungsbaugenossenschaften, welche beinahe in allen größeren Städten der Sowjetunion ihre Tätigkeit entwickeln. Hie und da (bei Moskau, Iwanowo-Wosnessensk, Wologda, Charkow, Grosny usw.) sind sogar ganze Ansiedlungen nach den Grundsätzen der Gartenstädte im Entstehen begriffen.

Die Finanzierung des Wohnungsbaues wird wie durch Einlagen der Teilnehmer, so auch durch staatliche Maßnahmen verwirklicht. Zu den letzteren gehören die am 16. Mai dekretierten Finanzierungsformen, welche in einer speziellen Wohnungssteuer, ferner in der Teilnahme mit 10 % des Gewinnes in Staatsunternehmungen und mindestens 5 % der Mietseinnahmen für Handelslokale (in munizipalisierten Häusern) bestehen. Außerdem spielt auch der Bankkredit eine bedeutende Rolle. So z. B. in Krasnodar (Bezirk Kuban) hat der Verband der Wohnungsbaugenossenschaften mit der Handels- und Industriebank ein Abkommen getroffen, wonach die Bank das Inkasso aller im Dekret vom 16. Mai vorgesehenen Einkommen übernahm und die genossenschaftlichen Wohnungsbau- und Häuserremont-Arbeiten mit einem Kredit in Höhe von 300 % der erwähnten Inkassobeträge unterstützt. Als eine erfolgreiche Maßnahme bei der Finanzierung kann noch die Emission von Wohnungsbau-Anleihen genannt werden. Eine solche Anleihe hat kürzlich der Moskauer Sowjet emittiert. Die Anteilscheine lauten auf 1, 3, 5 und 10 Rubel und finden in den breiten Volksmassen regen Absatz. Die anderen Städte folgen allmählich dem Beispiele Moskaus.

Das beim Arbeitskommissariat gegründete Komitee zur Förderung des genossenschaftlichen Wohnungsbaues hat bereits seine Tätigkeit über die ganze Sowjet-Union verbreitet. Im Dekret vom 19. August sind den Wohnungsbaugenossenschaften weitgehende Rechte und Vorzüge gesichert.

*) Auf einer Studienreise durch England und Deutschland wurden die Moskauer Leiter des Städtebauwesens Popoff und Krykow, durch Vermittlung der „Gesellschaft der Freunde des Neuen Rußland“ mit den wichtigsten Arbeiter- und Gartenstadtsiedlungen in Essen, Dresden usw. bekannt gemacht. Insbesondere wurden die im Bau befindliche Arbeiterwohnkolonie in Mahlsdorf bei Berlin des Architekten Bruno Taut, der als unser Mitglied dort sowie in Falkenberg und Lindenhof mit uns die Führung übernommen hatte, eingehend besichtigt.